

Der Gewerkeverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Wöchentliches Abonnementpreis durch die
Post bezogen und abholen vom Postamt 0,85 Mk.;
bei jeder Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pfg. mehr.
Alle Postanhalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine
(1914-Bundest.)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsamt, 15 Pf., Familienamt, 15 Pf.,
Vereinsamt, 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/225.
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 1720.

Nr. 14.

Berlin, Mittwoch, 19. Februar 1908.

Vierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Zur Regelung der Arbeitsvermittlung. — Die Stadt
Berlin und die Arbeitslosen. — Allgemeine Rundschau. —
Tätigkeitsberichte. — Gewerkevereins-Zeil. — Verbands-
Zeil. — Anzeigen-Zeil.

Zur Regelung der Arbeitsvermittlung.

In der Monatschrift des Verbandes Deutscher
Arbeitsnachweise „Der Arbeitsmarkt“ hat der Re-
gierungsrat Dominicus in Strassburg die Grund-
züge zum Entwurf eines Reichsgesetzes be-
treffend den Arbeitsnachweis veröffentlicht.
Der Verfasser hat nämlich die Aufgabe erhalten,
bei der nächstjährigen Beratung des Deutschen
Verbandes für Arbeitsnachweise über die Auf-
gaben von Reich, Staat und Gemeinden gegenüber
dem öffentlichen Arbeitsnachweis zu referieren, und
seinem Referate soll der veröffentlichte Entwurf als
Grundlage dienen. Dominicus wünscht darin, daß
in allen Gemeinden mit mehr als 10000 Ein-
wohnern öffentliche Arbeitsnachweisstellen, so-
genannte Arbeitsämter, als Zweige der Gemeinde-
verwaltung geschaffen werden. Die Geschäftsfüh-
rung jeder Stelle soll einer Kommission über-
tragen werden, die aus einer gleichen Anzahl von
Arbeitgebern und Arbeitnehmern besteht unter dem
Vorsitz eines Vertreters der Gemeindeverwaltung.
Unter den Arbeitgebern und Arbeitnehmern sollen
sich zunächst Vertreter der betreffenden Organi-
sationen befinden. Die einzelnen Arbeitsnachweis-
stellen wiederum sollen zu Arbeitsnachweisverbänden
vereinigt werden, die einem Reichsarbeitsamt unter-
stellt werden. Dominicus glaubt hierdurch die
Arbeitsnachweisstatistik einheitlich regeln und den
Arbeitsmarkt für das ganze Reich ausgleichen zu
können; ferner aber hofft er auf diese Weise die
gewerkschaftliche Stellungsvermittlung vollständig
zu beseitigen und die Vermittlung den einseitigen
Interessenvereinen von Arbeitgebern und Arbeit-
nehmern entziehen zu können.

Die örtlichen Kosten sollen von den Ge-
meinden, die der Arbeitsnachweisverbände von den
Bundesstaaten bzw. Kommunalverbänden, die des
Reichsarbeitsamts vom Reich übernommen werden.
Die Vermittlung soll kostenlos sein. In Zeiten
des Streiks und der Aussperrungen soll die Ver-
mittlung zwar fortgesetzt, den Beteiligten aber die
Tatsache des Bestehens von Arbeitsfreiheiten zur
Kenntnis gebracht werden. Selbstverständlich sollen
sich die Beamten der Arbeitsnachweisstellen auf die
bloße Mitteilung beschränken und jedes Zureden
zum Einstellen oder NichtEinstellen eines Arbeiters
bzw. Antritt oder Nichtantritt streng vermeiden.
Denn die Verwaltung des öffentlichen Arbeits-
nachweises soll weder den einseitigen Interessen der
Arbeitgeber, noch den der Arbeitnehmer dienen.
Sie müsse vielmehr streng unparteilich gehandhabt
werden.

Der Verfasser dieser Grundzüge steht also auf
dem Boden der paritätischen kommunalen Ar-
beitsnachweise. Dieser Standpunkt ist durchaus zu
billigen, und wir sind fest überzeugt, daß bei einer
solchen Regelung der Arbeitsvermittlung dem
beiderseitigen Interesse, sowohl dem der Arbeit-
geber, als auch dem der Arbeitnehmer, am besten
gedient würde. Die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“
denkt darüber anders. Sie widmet den Aus-
führungen des Herrn Dominicus einen langen
Leitartikel, in dem sie sich energisch gegen die staat-
liche Regelung der Arbeitsvermittlung wendet. Die

Kosten seien für die Kommunen viel zu groß, die
Steuerleistungen müßten erhöht werden, und
schließlich würden zu allem anderen die Arbeit-
geber auch noch für die Finanzierung der kom-
munalen Arbeitsvermittlung aufzukommen haben.
Außerdem sei ein derartiger Mechanismus, wie er
vorgeschlagen wird, viel zu kompliziert und un-
übersichtlich. Die Hauptsache aber, welche gegen
den Vorschlag des Herrn Dominicus spreche, sei
die, daß der Verstaatlichungsgedanke immer mehr
Eingang finde. Auch das erzieherische Moment
des Selbstverantwortungsgefühls würde vollständig
vernachlässigt. Und endlich die Sorge für die
Landwirtschaft! Mancher junge Landarbeiter würde
in der Zuversicht, daß der Vater Staat unter allen
Umständen für sein Fortkommen Sorge zu tragen
hat, das heimatische Dorf verlassen, um sich ein-
mal auf gut Glück in der Stadt umzusehen, und
wenn er dort keine Arbeit findet, Arbeitslosen-
unterstützung zu erhalten, oder kostenlos nach
einem Bezirke geschafft zu werden, wo sich die ihm
genehme Arbeitsgelegenheit bietet. Die Landflucht
würde damit noch um ein Unendliches vermehrt
werden.

Dann aber kommt der Schlusseffekt. Eine
Regelung der Arbeitsvermittlung hält auch die
„Arbeitgeberzeitung“ für notwendig. Für sie gibt
es aber nur einen Weg: Die Regelung der Ar-
beitsvermittlung muß die Sache derer sein, die die
Arbeitsgelegenheit beschaffen“. Das heißt also, es
müssen einseitige Arbeitgebermaßnahmen geschaffen
werden. Es ist von einem Blatte, das lediglich
den Unternehmerinteressen dient, schließlich nichts
anderes zu erwarten. Was würde man auf jener
Seite aber wohl sagen, wenn die Arbeitnehmer für
sich das Recht in Anspruch nähmen, allein die
Träger der Arbeitsvermittlung zu sein! Ausdrücke
wie Herrschsucht und Anmaßung würden nur so
fliegen! Gewiß, wir geben ohne weiteres zu, daß
manche von Arbeitnehmern geleiteten Arbeitsnach-
weise nicht unparteilich genug gehandhabt werden.
Auch uns sind Fälle bekannt, wo sozialdemokratische
Verbände die Unternehmer verpflichtet haben, offene
Stellen nur durch ihre, der Organisation, Arbeits-
nachweise besetzen zu lassen und gleichzeitig anders-
organisierte und nichtorganisierte Arbeiter von
diesem Arbeitsnachweis ausgeschlossen haben. Das
verurteilen wir auf das schärfste. Andererseits
aber wissen wir auch, in wie brutaler Weise seitens
der Arbeitgeber nachweise Arbeiter, die sich — wie
man zu sagen pflegt — mißlieblich gemacht haben,
monatelang ohne Beschäftigung gelassen worden
sind. Auch dieser Verrorismus findet unsere schärfste
Verurteilung. Deswegen können wir auch im
großen und ganzen nur den von dem Herrn Dominicus
vertretenen Standpunkt billigen und uns für die
paritätische Regelung der Arbeitsnachweise auf
kommunaler Grundlage aussprechen.

Die Stadt Berlin und die Arbeitslosen.

Schon in unserer vorigen Nummer machten wir
kurz Mitteilung von Angriffen, die seitens der sozial-
demokratischen und Zentrumspresse gegen unseren
Verbandsvorsitzenden Goldschmidt gerichtet wurden
wegen der Ausführungen, die er in der Sitzung der
Berliner Stadtverordnetenversammlung am 30. Januar
zur Frage der Arbeitslosigkeit gemacht hat. Wir
haben bereits darauf hingewiesen, daß diese Angriffe
rein verleumdend Natur waren und nur den Zweck
verfolgten, mit unserem Vorsitzenden den Gewerke-
vereinen eins auszuweisen. Das beweist auch die

Tatsache, daß die Organe der christlichen Gewerk-
schaften jetzt in dieselbe Kerbe hauen. Deshalb wollen
wir in folgendem den ausschlaggebenden Teil dieser
Rede nach dem amtlichen stenogramm wieder-
geben.

Der Redner wies zunächst gegenüber dem sozial-
demokratischen Stadtverordneten Dupont darauf hin,
daß die Arbeitslosigkeit zweifellos eine sehr ernste
Frage sei. Umso mehr müsse es bedauert werden, daß
sie zu sozialdemokratischen Parteizwecken ausgenützt
würde. Denn in den Arbeitslosenversammlungen
hätten ausschließlich sozialdemokratische Partei-
führer geredet. Derartige Dinge müßten ganz
unabhängig von der politischen Parteitagati-
on behandelt werden. Und dann fuhr er fort:

Die Frage der Arbeitslosenfürsorge ist im wesentlichen
eine Frage der Arbeiterberufsvereine, und wenn
diese Vereine gemeinsam, soweit das denkbar ist unter den
heutigen Verhältnissen, diese Frage in der Öffentlichkeit
erörtern, wenn sie von vornherein erkennen lassen, daß diese
Dinge eine objektive Würdigung erfahren sollen, dann wird
man auch bei den Stadtverordneten Vertrauen erwecken,
die durchaus einen arbeitserfreundlichen Standpunkt ein-
nehmen, ohne daß sie der Richtung angehören, die diese
Dinge parteiagitorisch auszunutzen trachtet.
(Sehr richtig!)

Uns ist die Frage viel zu ernst, und deshalb treten wir
einer solchen parteipolitischen Behandlung entgegen.

Es ist kein Zweifel, daß die Arbeitslosigkeit in diesem
Winter erheblich größer ist als im vorigen Winter. Die
Ziffern, die gegen diese Auffassung geltend gemacht worden
sind, müssen irgendwo einen Haken, einen Mangel haben.
Nun hat der Herr Vorredner hier mitgeteilt, daß in Berlin
55 000 Arbeitslose „herausgerechnet“ worden seien. Ja,
das „herausrechnen“ wird jedenfalls keine ganz zuverlässige
Befriedigung derjenigen Wünsche geben können, die darin
gehen, zuverlässig zu erfahren, wie viel Arbeitslose vor-
handen sind. Da kann die Ziffer doch nur dann Anspruch
auf Zuverlässigkeit machen, wenn sie auf einer statistischen
Aufnahme beruht. Eine solche statistische Aufnahme aber
beruht, daß man mit Sicherheit sagen kann: es gibt
55 000 Arbeitslose in Berlin, — scheint doch auch bei den
Stellen, zu denen der Herr Kollege Dupont gehört, noch
nicht vorgenommen worden zu sein; denn sonst würde Herr
Kollege Dupont doch nicht seinerseits eine solche amtliche
Statistik durch das Statistische Amt der Stadt Berlin
wünschen können.

Meine Herren, das darf ich hier vorweg sagen: die
Deputation für Statistik der Stadt Berlin hat sich heute
Vorgen sehr eingehend mit der Frage der Arbeitslosen-
zählung beschäftigt. Die Erörterungen sind heute nicht zum
Abschlusse gekommen; sie sollen in einer Sitzung in der
nächsten Woche fortgesetzt werden. Welches Resultat die
Arbeiten haben werden, kann auch im Augenblicke noch
nicht übersehen werden. Jedemfalls darf ich für meine
Person sagen, daß ich es für durchaus wünschenswert halte,
wenn unter Mitwirkung der in Berlin be-
stehenden Arbeiterberufsvereine ohne Unter-
schied ihrer Richtungen der Versuch gemacht wird, die Ar-
beitslosen in Berlin zu zählen. Eine solche Zählung wird,
was das Austragen des Materials und das Einsammeln
desselben anbetrifft, in verhältnismäßig kurzer Zeit er-
ledigt sein können; aber die Bearbeitung dieses Materials
wird doch viele Wochen in Anspruch nehmen, so daß dann
nächher, wenn das Resultat herauskommt, die Arbeits-
losigkeit im wesentlichen ihre Schärfe bereits wieder über-
wunden hat.

Meine Herren, an praktischen Vorschlägen hat der Herr
Kollege Dupont eine Reihe von Dingen vorgetragen, die da
helfen sollen. Zunächst hat er verlangt, daß die bereits in
die Stats eingestellten Bauten beschleunigt werden. Ich
glaube, daß man sich einem solchen Wunsche ohne weiteres
anschließen kann. Ich glaube auch, daß die Bauverwaltung
selbst — der Bauart außer sich vielleicht darüber — ganz
naturngemäß die Zeit, in der wir gegenwärtig leben, mit
dem Angebot einer größeren Zahl von Arbeitskräften gerade
im Baugewerbe dazu benutzen wird, die Bauten der Stadt
möglichst möglichst schnell fertig zu stellen. Denn die ge-
samte Stadtverordnetenversammlung hat ja, auch unab-
hängig von der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit, ein lebhaftes
Interesse daran, daß die städtischen Bauten so rasch wie
möglich fertiggestellt werden. Man kann sich sehr wohl
denken, daß in der Zeit, wo das Baugewerbe stark be-
schäftigt ist, auch die Bauten der Stadt nur langsam vor-
schreiten, zumal die Bauverwaltung gleichzeitig an so und
so vielen Bauten beschäftigt ist. Wenn nun ein größeres

Urgebot von Arbeitskräften es der Bauverwaltung ermögli-
licht, die Fertigstellung ihrer Bauten zu beschleunigen, so ist
es auch im allgemeinen Interesse durchaus zu begrüßen,
daß die Bauten rascher fertig werden. In den Zeiten der
Arbeitslosigkeit aber wird dadurch gleichzeitig auch der Ar-
beitsmarkt entlastet. Also glaube ich, sagen zu können:
wir haben durchaus den dringenden Wunsch,
daß die städtischen Bauten rascher beschleunigt
werden, damit das Baugewerbe und die ihm
angehörigen Arbeitslosen Beschäftigung finden.

Dann hat der Herr Kollege Dupont auch noch den
Vorschlag gemacht, man möchte an die Staatsregierung die
Aufsorderung richten, die von ihr in Aussicht genommenen
Bauten zu beschleunigen. Auch das kann man tun. Es
gibt dafür allerdings noch eine andere Stelle, an der man
diese Wünsche geltend machen kann. Immerhin möchte ich
es nicht ablehnen, daß solche Anregungen auch von hier aus
an die Staatsregierung kommen.

Dann ist vorgeschlagen worden, man möchte das
Center System der Hilfe an Arbeitslose in
Berlin einführen, wonach den Arbeiterberufsvereinen,
die ihren Mitgliedern während der Dauer der Arbeitslosig-
keit eine Arbeitslosenunterstützung zahlen, ein Teil dieser
gezahlten Beiträge aus allgemeinen Mitteln wieder zurück-
gegeben wird. Dieses Center System ist nicht nur in der
Stadt Gent, sondern auch in anderen Städten Belgiens
mit Erfolg in Anwendung gekommen. Es könnte sehr wohl
auch bei uns erprobt werden. Ich erwäge das sehr wohl
auch bei uns ernstlich die Frage erwogen werden können,
wie weit man den Arbeiterberufsvereinen hier eine Hilfe ge-
währt. Das eine nur wird die Verwirklichung dieses an
sich verständigen Gedankens erschweren, daß ein Teil der
Arbeiterberufsvereine sich nicht die nötige Unabhängigkeit
zu wahren gewillt hat, daß einestells diese Organisationen
unter parteipolitischen, andererseits unter kirchenpolitischen
Bevormundung stehen. Eine Stadtgemeinde, die alle
Bürger gleichermäßen zu behandeln
hat, die Gerechtigkeit nach allen Seiten
hin zu üben hat, könnte solche Unter-
stützungen nur gewähren an die Arbeiter-
berufsvereine, die ohne Unterschied der
politischen und religiösen Lebensauf-
fassung alle Mitglieder vereinigen. Dann
würde von seiner Seite mehr ein Bedenken solcher Forde-
rung entgegengehalten werden können. Ich hoffe, daß die
Entwicklung der Arbeiterberufsvereine in dieser Richtung
geht, und daß wir in Deutschland dazu kommen, das Center
System anzuwenden, den Organisations zu helfen, nament-
lich in Zeiten der Krisen, und im Winter der großen Zahl
der Arbeitslosen über die schmerz Zeit hinwegzuhelfen. Das
läge durchaus im Interesse der Städte.

Nun hat Herr Kollege Dupont aber gemeint, daß er
mit seiner Partei darüber weit hinausgehe; sie wünschten,
daß eine Reichsarbeitslosenversicherung ein-
geführt werde. Hier kann ich ihm nicht folgen. Ich bin
vielmehr der Meinung, daß das Gefühl der Selbstverant-
wortlichkeit bei dem Arbeiter nicht totgeschlagen werden
darf. Ich bin der Meinung, daß die Arbeiter durch ihre
Organisationen selbst in der Lage sind, für den Fall der
Arbeitslosigkeit für sich zu sorgen. Sie können durch die
Mitgliedschaft in ihren Gewerkschaften und Gewerkschaften
für den Fall der Arbeitslosigkeit eine Arbeitslosenunter-
stützung sich sichern. Und es ist doch sehr wünschenswert,
daß die Arbeiter in ihre Berufsvereine eintreten. Man
würde auch den Berufsvereinen den Boden unter den
Füßen wegziehen, wenn man ihnen diese wichtigsten ihrer
Einrichtungen, die Arbeitslosenunterstützung, nähme. Der
Herr Kollege Dupont soll hierüber nicht bloß das lesen,
was irgend ein konservativer Abgeordneter im Preussischen
Landtag über die Sache gesagt hat; denn auch in der in
seinen Reihen hervortretenden Literatur über diese Fragen
sprechen sich Gewerkschaftler, also Leute, die ihm nahe stehen,
ganz in meinem Sinne gegen eine Reichsarbeitslosenver-
sicherung aus.

Meine Herren, dann hat Herr Dupont gefordert, daß
die Arbeitslosigkeit auf 8 Stunden verkürzt
werden möchte. Ich bin durchaus der Meinung, daß
in den Gemeinden die Arbeitszeit für die von ihnen be-
schäftigten Angestellten und Arbeiter so kurz wie möglich
gehalten werden soll, damit den Angestellten und Arbeitern
freie Zeit bleibt, als Menschen zu leben und an ihre eigene
Fortbildung zu denken und für ihre Kinder zu sorgen auch
auf geistigem Gebiete. Aber ganz falsch ist es, wenn der
Herr Kollege Dupont annimmt, daß mit der Verkürzung
der Arbeitszeit eine Veränderung auf dem Arbeitsmarkt
herbeigeführt werden könnte. Es unterliegt gar keinem
Zweifel, daß die verkürzte Arbeitszeit eine intensivere Ar-
beitsleistung zur Voraussetzung hat, daß sie auch unmittel-
bar, oder man will oder nicht, damit verbunden ist, und daß
auch bei einer angemessenen kürzeren Arbeitszeit das gleiche
Arbeitspensum erreicht wird, so daß auf dem Arbeits-
markt irgend eine Veränderung dadurch nicht herbeigeführt
wird.

Meine Herren, mit den Wärmehallen kann man
natürlich die Arbeitslosigkeit selber auch nicht bekämpfen;
man kann hier nur die Wirkung mildern. Von größerer
Bedeutung scheint mir der Vorschlag zu sein, der auch heute
Morgen schon anbelehungsweise in der Deputation für
Statistik erörtert worden ist, ob man nicht einen Weg
finden könnte, eine fortlaufende Statistik des
Arbeitsmarktes herbeizuführen, damit dann die
Zahlen in den Augenblicke, wo man sie braucht, vorhanden
sind. Ich hoffe, daß die Deputation für Statistik, die die
Frage ja weiter zu erörtern hat, einen solchen Weg findet,
der uns im Falle größerer Arbeitslosigkeit rascher in die
Lage bringt, die Ziffern zuverlässig zu erfahren.

Im weiteren Verlaufe der Verhandlungen sah
sich dann Kollege Goldschmidt gezwungen, noch ein-
mal das Wort zu ergreifen, um zu einigen Be-
merkungen des sozial-fortschrittlichen Stadtverordneten
Dr. Nathan Stellung zu nehmen. Der wesentlichste
Teil seiner Ausführungen lautet:

Meine Herren, die Frage der Verkürzung der Arbeits-
zeit ist weiter erörtert worden. Ich möchte Herrn Kollegen
Dr. Nathan sagen, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit

von 2 bis 8 Stunden plötzlich allerdings sehr wohl eine
Vermehrung der Arbeitskräfte notwendig machen kann.
Aber die Verkürzung der Arbeitszeit erfolgt sukzessive; sie
erfolgt von 11 auf 10, dann auf 9 Stunden, und ich zweifle
gar nicht daran, daß auch einmal die Zeit kommen wird —
in einem Teile der Branchen auch in Berlin ist das ja be-
reits erreicht — wo die achtstündige Arbeitszeit eingeführt
wird. Aber mit der allmählichen Verkürzung der Arbeits-
zeit wächst auch die Intensität der Arbeit; eine Einwirkung
auf den Arbeitsmarkt kann mithin dadurch nicht erzielt
werden.

Meine Herren, Herr Kollege Nommens hat uns ge-
raten, daß insbesondere die Arbeiterorganisationen sich darum
kümmern möchten, daß die Arbeitszeit zu dem Zwecke ver-
kürzt werde, Arbeitslose zu beschäftigen, daß es besser sei,
wenn 10 000 Arbeiter 3/4 Tag beschäftigt werden als 8 000
voll und 2 000 gar nicht. Ich darf ihm darauf er-
widern, daß von den Gewerkschaften solche Anregungen wiederholt ausge-
gangen sind.

Dann noch ein Wort über die Arbeitslosenversicherung.
Ich habe nicht ausgeführt, daß die Stadt selber die Ar-
beitslosenversicherung in die Hand nehme. Das wünsche
ich gar nicht; ich wünsche es ebensowenig, wie daß das
Reich eine solche Aufgabe erfüllt. Ich wünsche vielmehr,
daß die Arbeitslosenversicherung eine Sache der Arbeiter-
berufsvereine bleibe, und daß nach dem sogenannten Center
System den Arbeiterberufsvereinen eine Beihilfe aus Ge-
meindemitteln bei Unterstüzung der Arbeitslosen ge-
währt wird.

Meine Herren, dann hat der Kollege Dr. Nathan zum
Schluß die allgemeine Mahnung an uns gerichtet, man
möge die tiefe Klust, die zwischen der Sozialdemokratie
und uns besteht, nicht in jedem Falle wieder aufwachen;
es sei viel besser, wenn man beachte, daß wir mit den
Sozialdemokraten ein gut Stück des Weges zusammen-
gehen könnten. Herr Kollege Dr. Nathan scheint eins zu
übersehen. Ihm nachstehende Freunde verschreiben uns
dieses Rezept schon seit vielen Jahren mit dem Erfolge,
daß sie dafür von den Sozialdemokraten, mit denen wir
zusammengehen sollen, nur blutigen Spott als Antwort
bekommen.

(Sehr richtig!)

Dann, glaube ich auch, liegt die Sache praktisch so.
Wir können uns bei all diesen Dingen nicht der Sozial-
demokratie anschließen; denn wir stehen auf dem Boden der
heutigen Staats- und Wirtschaftsordnung. Wir wollen auf
diesem Boden eine allmähliche Besserstellung aller wirt-
schaftlichen Zustände erreichen. Die Sozialdemokratie er-
klärte J. B. in vorliegendem Falle, daß die Veramm-
lungen der Arbeitslosen den ganzen Widerstand der be-
stehenden Wirtschaftsordnung dem Volke vor Augen führen
müßten.

(Sehr richtig!)

Meine Herren, daß ich die tiefe Klust, die zwischen den
Sozialdemokraten und uns besteht; uns trennt eine
Weltanschauung. Da halte ich eine Annäherung
praktisch für ganz ausgeschlossen. Die Sozialdemokratie
kann mit uns gemeinsam praktische Politik treiben, sie kann
ein gut Teil des Weges mit uns gehen; aber wenn sie
das tun will, dann darf sie in der öffentlichen Agitation
die Sache nicht so darstellen, als gebe es keine schlimmeren
Feinde der Arbeiter, keine schlimmeren Feinde des Volkes
als die Aristokratie, als die Liberalen. Je mehr und
je energischer der Liberalismus die Interessen
des Volkes fördert, umso stärker
wird er gerade von der Sozialdemokratie
bekämpft. Sollen wir uns dafür bedanken und sagen:
Ihr Sozialdemokraten seid ja tüchtige Kerle, ihr dürft uns
treten, ihr dürft uns beschimpfen, aber deswegen sind wir
doch immer wieder bereit, mit euch zusammenzugehen?
Das soll niemand von uns verlangen, das verlangen selbst
die Sozialdemokraten nicht von uns

(Hellerheit)

— und dürfen es nicht, weil sie aus agitatorischen Gründen
immer wieder sagen müssen: nur die Sozialdemokratie hilft
den Arbeitern, hilft dem Volke, alle übrigen Parteien
bilden eine reaktionäre Masse.

(Sehr richtig!)

Das ist ein offener Unfug, ein offener Unfug; aber
das tut ja der sozialdemokratischen Agitation keinerlei Ab-
bruch. Das braucht nicht immer klug zu sein, und das
braucht nicht immer weise zu sein; wenn es nur gehörig
der Verschärfung der Klassengegensätze dient, wenn es nur
gut wirkt für die sozialdemokratische Agitation, dann ist
jedes Mittel recht. Meine Herren, diese Tatsachen kennen
wir, und daher sagen wir: will sie die Sozialdemokratie mit
uns praktisch helfen, schön, soll sie es tun; ihr aber zu
sagen: wir wollen mit dir gehen, — das ist nach Lage der
Dinge ein für allemal ausgeschlossen; da müßte sie sich erst
gehörig bessern.

(Gebähter Beifall und Widerspruch.)

Es ist ja bedauerlich, daß wir einen so breiten
Raum auf diese Dinge verwenden müssen. Aber es
war nötig, die Ausführungen des Kollegen Gold-
schmidt in dieser Ausführlichkeit zu bringen, um den
Kollegen einmal an einem klassischen Beispiele zu
zeigen, wie ungerechtfertigt die Angriffe sind, die von
gegnerischer Seite, rechts und links, erhoben werden,
nicht zu dem Zwecke der Wahrheit zu dienen, sondern
unseren Vorstehenden und damit die Deutschen Ge-
werksvereine in der öffentlichen Achtung herabzusetzen.
Die Kollegen können aber gleichzeitig daraus ersehen,
wie wenig zuverlässig oft die natürlich sehr kurz-
gefaßten Berichte in der Presse sind, und daß es
nicht angebracht ist, aus diesen allein sich sein Urteil
zu bilden. Das eine dürfte jedenfalls feststehen, daß
wie sonst auch in diesem Falle die erhobenen Angriffe
jeder Grundlage entbehren und nichts anderes sind
als bössartige Verleumdungen.

Allgemeine Rundschau.

Dienstag, 18. Februar 1908.

Die Arbeitskammern und die Frauen. Bei der
Besprechung des Gesetzentwurfs über die Arbeits-
kammern ist es scharf kritisiert worden, daß die Frauen
von der Wählbarkeit ausgeschlossen sein sollen. Man
erblickte darin allgemein eine Ungerechtheit, weil die
Frauen in vielen Industriezweigen einen überaus er-
heblichen Bruchteil der Arbeitskräfte darstellen. Dem-
gegenüber schreibt die offiziöse „Neue politische
Korrespondenz“, daß die Annahme, Frauen dürften
nicht gewählt werden, auf einem Irrtum beruhe.
Neben dem Wortlaut des Gesetzes befrage eine aus-
drückliche Bemerkung in der Begründung, daß Per-
sonen beiderlei Geschlechts zu den Arbeitskammern
wählbar seien.

Wir haben daraufhin uns den Entwurf noch
einmal vorgenommen und im § 13 die Bestimmung
geändert, daß nicht wählbar ist, wer gemäß § 32 des
Verichtsverfallengesetzes zum Amt eines Schöffen
unfähig ist. Bisher hat es immer geheißen, daß
Frauen zu dem Amte des Schöffen unfähig sind, also
auch nicht gewählt werden dürfen. In der Be-
gründung des Gesetzentwurfs über die Arbeits-
kammern allerdings heißt es, daß Personen beiderlei
Geschlechts wählbar sind. Das ist ein Widerspruch
oder doch zum mindesten eine große Unklarheit, die
bei der Beratung des Gesetzes unter allen Umständen
beseitigt werden muß. Die Frauen müssen das aktive
und das passive Wahlrecht haben.

„Gehilfen-Welt“, betitelt sich eine neue Zeitschrift,
die der Ortsverein der Deutschen Kaufleute in
Frankfurt a. M. vorläufig monatlich einmal
herausgibt. Die Redaktion liegt in den Händen des
früheren I. Vorsitzenden, Herrn Dr. Eugen Klam.
Aus dem reichen Inhalt der soeben erschienenen Nr. 1
heben wir hervor: Zur Einführung von Dr. E. E.
Die Bestrebungen des B. D. K. Der Zusammen-
schluß der beiden großen Handlungsgehilfen-Verbände
von Hamburg und Leipzig. Kaufmannsgericht.
Soziale Umschau. Vereinsleben. Bürgermarkt. Die
Zeitschrift ist gut und vornehm ausgestattet. Der
Bezugspreis für das Jahr ist nur auf 2 Mk. festge-
setzt. Probehefte sind zu haben bei Herrn Hermann
Stern, II. Vorsitzender, Frankfurt a. M., Nord-
straße 10, der auch, wie die Post, Bestellungen auf
die „Gehilfen-Welt“ entgegennimmt.

Die Einigungsbestrebungen zwischen den
Leipziger Verband deutscher Handlungs-
gehilfen und dem antisemitischen Deut-
sch-nationalen Handlungsgehilfenverbande finden
in den Reihen der erstgenannten Organisation keinen
großen Beifall. Aus verschiedenen Kreisvereinen sind
dem Vorstände Resolutionen zugegangen, die sich ent-
schieden gegen jenen Zusammenschluß auf antisemitischer
Grundlage aussprechen. Auch der größte Kreisverein
Berlin hat sich mit der Frage beschäftigt und in seiner
letzten Verammlung mit überwältigender Mehrheit
folgende Resolution angenommen:

„Unter Berücksichtigung der vielfach beleidigenden
Art, in welcher der Deutsch-nationale Handlungsgehilfen-
verband bisher unseren Verband bekämpft und beschimpft
hat, und in Anbetracht der ganzen Tendenz,
die der Deutsch-nationale Handlungsgehilfenverband ver-
folgt, halten wir es für völlig ausgeschlossen,
eine Interessengemeinschaft mit dem Endzweck eines völligen
Zusammenschlusses beider Verbände herbeizuführen. Wir
sind überzeugt, daß eine derartige Fusion einen Massen-
austritt älterer und bewährter Mitglieder aus unserem
Verbande zur Folge haben müßte.“

So sehr wir uns auf dem Boden der Einheitlichkeit
der Handlungsgehilfenbewegung stehen, können wir
doch nur unserer Genugtuung darüber Ausdruck ver-
leihen, daß die Handlungsgehilfen im Leipziger
Verband so energisch Widerspruch erheben gegen den
Anschluß an den Deutsch-nationalen Handlungsgehilfen-
verband. Wir sind überzeugt, daß noch weitere Rund-
gebungen folgen werden. Sollte die Einigung trotzdem
zustande kommen, so wird den verständigen Elementen
im Leipziger Verbande nichts anderes übrig bleiben,
als sich dem partei- und kirchenpolitisch neutralen Verein
der Deutschen Kaufleute anzuschließen. Dieser wird
jedenfalls auch nichts unberührt lassen, um die Mit-
glieder des Leipziger Verbandes, die jenes unnatürliche
Bündnis nicht mitmachen wollen, zu sich herüberzu-
ziehen.

Arbeiterbewegung. Die Lohnbewegung in der
Deutschen Waffen- und Munitionsfabrik in
Martinsfelde ist, wie wir bereits in der vorigen
Nummer voraussetzte, beigelegt. Durch beiderseitiges
Entgegenkommen war eine Einigung möglich, so daß
die Arbeiter beschloßen haben, die Beschäftigung wieder
aufzunehmen. — In den Pöhlglashütten in
Rauscha ist eine Einigung nicht erzielt worden. Die
Arbeiter haben die Kündigung ausreicht erhalten, so daß
nunmehr der Streik begonnen hat. — Auf einigen
Zechen in der Umgebung von Essen sind Differenzen
entstanden, so daß einzelne Teile der Belegschaft ein-
zuziehen sich weigerten. Da jedoch die Direktion

Prüfung der vorgebrachten Beschwerden versprochen hat, darf angenommen werden, daß die Bewegung bald beendet sein wird. — Die Münchener Chauffeure beabsichtigen in eine Wohnbewegung einzutreten und haben deshalb zum 22. Februar einmündig. Es ist jedoch nicht ausgeschlossen, daß die bereits eingeleiteten Verhandlungen den Streik verhüten. — Auf dem Wege gütlicher Vereinbarung ist im Steinbildhauergerwerbe zu Chemnitz ein Arbeitsvertrag zustande gekommen, der die Arbeitszeit auf 7 Stunden festsetzt bei einem Mindesttagelohn von 6 Mark. — In der Färberei von Pirsch in Gera sind die Kesselreiniger in den Streik getreten, weil sie nicht im Accord arbeiten wollen und der ihnen gebotene Lohn auch nicht genügend war. — Neue Kämpfe scheinen in der sächsisch-thüringischen Textilindustrie bevorzustehen, da vielfach die Arbeiter mit den ihnen zuteil gewordenen Antworten auf ihre Forderungen nicht zufrieden sind.

In Roubaix (Frankreich) sind wegen Ablehnung ihrer Lohnforderungen mehrere hundert Textilarbeiter in den Ausstand getreten.

Gemein und dumm. Vor dem Gewerbegericht in Breslau klagte vor kurzem ein Kürschnergehilfe auf Zahlung einer Lohnentschädigung, weil er widerrechtlich entlassen worden sei. Der Grund für die Entlassung bestand darin, daß der Geselle, wie er einräumte, einer Arbeiterin einige Seitenstücke aus Pelzen, die der Firma gehörten, geschenkt hatte. Der vorgeladene Sachverständige hatte erklärt, daß diese Pelzstücke immerhin einen gewissen Wert hätten. Aus diesem Grunde wurde die Klage zurückgewiesen. Die Sache an und für sich gäbe uns keinen Anlaß zur Besprechung, wenn nicht die sozialdemokratische Breslauer „Volkswacht“ daran folgende Bemerkungen knüpfte:

„Es wäre nötig gewesen, an den Beklagten und den Sachverständigen verschiedene Fragen zu richten, aber den Beisitzern (bekanntlich waschechte Pirsch-Dundersee Zöglinge) schien die Sache ganz gleichgültig zu sein. Wären noch unsere Beisitzer am Gewerbegericht, dann hätten die Herren Boden und Weise etwas zu hören bekommen. Aber die Herren vom Gewerbeamt wußten nichts zu sagen, deshalb sind sie auch bei den Arbeitgebern so beliebt.“

Bekanntlich haben infolge der Dummheit der Verbändler unsere Kollegen die Arbeitnehmerseite am Breslauer Gewerbegericht erhalten. Diese Blamage scheint die „Genossen“ vollständig um das bisherige Verstand gebracht zu haben, sonst könnte das Blatt derartigen Blödsinn nicht schreiben. Daß unsere Kollegen ebenso gute und unparteiische Richter sind wie die Noten, das braucht gar nicht erst erwähnt zu werden. Sie sind aber auch für das Urteil allein gar nicht maßgebend, sondern neben den Arbeitnehmerbeisitzern gibt es bekanntlich auch noch Arbeitgeberbeisitzer und unsere Vorherrschen. Aber ganz abgesehen davon! An und für sich liegt die Sache offenbar so, daß der Geselle nicht korrekt gehandelt hat und deshalb mit seiner Klage abgewiesen werden mußte.

Wenn das jetzt unseren Verbandsgenossen in die Schuhe geschoben wird, so ist das nur der Nerger darüber, daß den Noten die Mandate am Gewerbegericht verloren gegangen sind. Wer kann sich die Dummheit der Zielbewußten? Wenn sie jetzt wenigstens so schlau wären und diesen Nerger nicht bei jeder Gelegenheit an den Tag legten!

Ein merkwürdiger Arbeiterfreund. In Stettin erscheint ein kleines Blatt: „Der oberflächliche Arbeiterfreund“, das von dem dortigen Hüttenverein herausgegeben wird. Die Nummer 132 dieser originellen Zeitung vom 8. Februar ist uns von verschiedenen Seiten zugefandelt worden, da sie die Arbeiterfreundlichkeit des Blattes in ein recht eigenartiges Licht rückt. Da wird nämlich, in einer Form, daß auch einfache Arbeiter sie verstehen und beurteilen können, eine Betrachtung angefleht über „die allgemeine wirtschaftliche Lage und die Arbeiter“, mit der sich vorher die „Hamburger Neuesten Nachrichten“ beschäftigt haben. Wir wollen nur die charakteristischsten Sätze aus diesem volkswirtschaftlichen Erguß hier wiedergeben. Da heißt es:

„Sozialpolitik treiben heißt doch im wesentlichen nichts anderes, als dem Arbeitgeber das Geld nehmen und es dem Arbeiter geben. Das hat unsere Gesetzgebung in den letzten Jahrzehnten in übertriebenem Maße getan; sie will auch heute noch die Arbeitszeiten einschränken, wodurch mancher, der gern vorwärts kommen will, zum Müßiggang geradezu gezwungen wird.“

Der Arbeiter verdient jetzt bis zu siebzehn Prozent mehr als früher. Die Arbeitsleistung eines jeden ist ungefähr auf die Hälfte zurückgegangen dank der verkürzten Arbeitszeit und dank der sozialdemokratischen Vergebung, die es jedem Arbeiter zur Ehrenpflicht macht, seinen Brotherrn zu schädigen und zu kassieren, wo es nur geht. Die Geschäftsinhaber haben erst verächtlich den Schaden aus der eigenen Tasche zu bedenken. Das gibt aber nicht mehr. Jetzt muß der Industrielle fortwährend seine Preise erhöhen oder seinen Be-

trieb einstellen. So schaffen die Arbeiter durch ihre Streiks usw., sowie die Gesetzgeber durch ihre Sozialpolitik auf ganz natürllichem Wege eine allgemeine Teuerung, oder besser gesagt, eine Entwertung des Geldes, die unser Vaterland zur Verarmung führen muß. Der Arbeiter hat keinen Vorteil von seinem höheren Verdienste, denn der Mehrwert geht durch die Teuerung reichlich aufgewogen.“

Es hieße wirklich, diesem Unsinn zu viel Ehre antun, wollte man ihn einer Widerlegung würdigen. Wir haben die Sätze nur veröffentlicht, um zu zeigen, mit wie unglaublich abnormen Mitteln das Bestreben der Arbeiter nach Besserung ihrer Lage bekämpft wird, und wie selbst die geringen sozialpolitischen Leistungen von Scharfmachern beurteilt werden. Von unserer Verleumdung, die Lebenshaltung verteuern den Wirtschaftspolitik wird kein Sterbenswortchen erwähnt. Und doch ein Blatt nennt sich „Arbeiterfreund“! O, Ironie des Schicksals!

Weder die Christlichen Gewerkschaften äußerte sich nach dem „Vöngel. Gemeinblatt Nürnberg“ der dortige Hilfsgeistliche Stälkin in einem Vortrage im Evang. Arbeiterverein Nürnberg folgendermaßen: Von größter Bedeutung ist die unselbige Zersplitterung der Arbeiterbewegung, denn unwillkürlich überträgt sich der begriffliche Haß gegen die „Christlichen“ auf die Religion, nach der sie sich vielleicht nicht ganz glücklich — nennen.

Die Entzweiung der Christlichen Gewerkschaften ist die unschuldigste Ursache davon, daß mehr als früher „Christ“ zum Schimpfwort im Munde sozialdemokratischer Arbeiter geworden ist“

Die beiden Gewerbeordnungsnovellen, die noch ihrer Erledigung durch den Reichstag harren, machen schon jetzt den Scharfmachern große Sorgen. Es handelt sich bekanntlich bei der ersten um die Erweiterung der Sonntagsruhe für das Handelsgerwerbe und bei der anderen in der Hauptsache um die Einführung des 10stündigen Maximalarbeitstages für Arbeiterinnen und die Ausdehnung des Fortbildungsschulzwangs auf Arbeiterinnen bis zu 18 Jahren. Die beiden Novellen verlangen wahrhaftig nicht zu viel für die Arbeiter; trotz alledem, wie gesagt, erhebt sich hier und da strotzier Widerstand dagegen. Auch die Handelskammer des Großherzogtums Sachsen hat in ihrer letzten Sitzung Stellung zu den Fragen genommen. Ein Redner sprach die schon oft gehögte Besichtigung aus, daß Deutschland nicht mehr konkurrenzfähig bleiben könne, wenn der Zehnstundentag eingeführt würde. Er könne sich höchstens für eine 60stündige Arbeitswoche ausprechen; der 11stündige Arbeitstag müsse erhalten bleiben. Ein zweiter Redner, ein Kommerzienrat, behauptete, daß die fortgesetzte Herabsetzung der Arbeitszeit gar nicht den Wünschen der meisten Arbeiter entspreche. Wieder ein anderer Redner sprach sogar davon, daß der Apoldaer Industrie mit der Einführung des gesetzlichen Zehnstundentages der Todesstoß verlegt würde. Auch der Fortbildungsschulzwang sei undurchführbar. Keinesfalls dürften die Schulkunden in die Arbeitszeit verlegt werden. Schließlich wurde ein Antrag eingebracht, in welchem Reichstag und Bundesrat um Berücksichtigung der ausgesprochenen Bedenken ersucht werden.

Es fehlte allerdings auch nicht an Widerspruch in dieser Sitzung. Ein Geschäftsleiter aus Jena sprach sich lebhaft gegen den Antrag aus. Er könne nicht abgeben, daß eine Herabsetzung der Arbeitszeit eine Verringerung der Leistungen zur Folge habe. Das Gegenteil sei wiederholt nachgewiesen. In England sei die Arbeitszeit verkürzt worden, um zu verhindern, daß das ganze Arbeitermaterial herunterkomme. Die Herabsetzung der Arbeitszeit übe auf den Gesundheitszustand des ganzen Volkes eine segensreiche Wirkung aus. Was den Fortbildungsschulzwang betreffe, so könne doch kein Mensch verlangen, daß jemand, der 11 Stunden gearbeitet habe, noch zwei Stunden die Schule besuche.

Diese vernünftigen Ansäußerungen fanden jedoch keinen Anklang. Jener Antrag wurde gegen zwei Stimmen angenommen. Der Reichstag allerdings wird jedenfalls darüber zur Tagesordnung übergehen.

Noch ein Beitrag zur Pensionskassenfrage. In voriger Nummer teilten wir mit, daß das Landgericht in Essen die Berufung zweier Arbeiter gegen eine Entscheidung des Gewerbegerichts in Essen wegen Herausgabe der gegahlten Pensionskassenbeiträge abgewiesen habe. Eine ähnliche Entscheidung hat nun auch das Landgericht in Dortmund in einer Klage von Arbeitern gegen die Dortmunder Union, Aktiengesellschaft für Vergbau und Hüttenbetriebe, getroffen. Die Sache lag nur hier etwas anders. In Dortmund hatte nämlich das Gewerbegericht zugunsten der Arbeiter entschieden und die Berufung war eingeleitet seitens der Dortmunder Union. Wie gesagt, hat das Landgericht im demselben Sinne wie das in

Essen entschieden. Es sind übrigens noch gleiche Klagen gegen den Rhönig anhängig gemacht worden. Bei der Wichtigkeit dieser Angelegenheit und bei der Verschiedenartigkeit der Rechtsprechung wäre es wirklich dringend zu wünschen, daß endlich eine reichsgerichtliche Regelung der ganzen Frage herbeigeführt wird.

Tätigkeitsberichte der Ortsverbände über das Jahr 1907.

Ortsverband Chemnitz.

Das Jahr 1907 war für den Ortsverband ein äußerst arbeitsreiches. In 11 Ausschüßsitzungen, 6 Mitglieder- und 1 außerordentlichen Versammlung wurden die laufenden Geschäfte erledigt. Zu der schon seit Jahren bestehenden Preis-Kommission wurden neu gebildet die Wahl- und die Vergütungsausschüsse, um die Beratungen im Ortsverbandsausschuß einfacher und kürzer zu gestalten. Die Geschäfte dieser 3 Kommissionen erforderten eine ganze Anzahl von Sitzungen, und es muß anerkannt werden, daß in denselben tüchtig und mit Eifer gearbeitet wurde. Die Preis-Kommission erledigte eine Menge Verichtigungen an gegnerische Zeitungen, verfasste Versammlungsberichte und andere aufklärende Artikel. Die Wahl-Kommission beschäftigte sich mit einer Eingabe an das Reichs- und Stadtverordnetenkollegium, betreffend Einführung des Verhältniswahlrechts zum Gewerbegericht und brachte uns dieselbe den Erfolg, daß die Behörde unserer Eingabe zustimmte und dieselbe einem besonderen Ausschuß der Stadtverordneten überwies, um bis zur Wahl 1910 die nötigen Vorarbeiten zu machen. Dann wurde zu den Ortskrankenkassenvertreterwahlen Stellung genommen und die Vorarbeiten in die Wege geleitet, um einen Zusammenschluß aller nationalen Arbeiter- und Gehilfenorganisationen zu einem nationalen Wahlausschuß herbeizuführen, was vollständig glückte. Auch die Vergütungsausschüsse hat es sich angelegen sein lassen, den Mitgliedern etwas Ordentliches zu bieten. Vorträge in den Mitgliederversammlungen wurden 5 gehalten, und zwar von den Kollegen Matthes über „Arbeitsvertrag“, Bierhub-Spremburg „Die Aufgaben des Verbandstages 1907“, Herr Schubert „Krankentassenversicherungsgesetz und die Gemeinsame Ortskrankenkasse“, Kollege Herberger „Was lehrt uns die Taktik der freien Gewerkschaften“ und Kollege Zitterbart „Die Forderungen der organisierten Heimarbeit“. Der Besuch dieser Vorträge hätte im allgemeinen ein besseres sein können.

Im weiteren wurde an die Königl. Kreishauptmannschaft eine Eingabe gemacht, behufs Erhöhung des ortsüblichen Tagelohnes, leiber mit wenig Erfolg, ferner an das Königl. Amtsgericht, betreffend Heranziehung unserer Mitglieder zu Geschworenen und Schöffen. Auch in dieser Sache hatten wir keinen Erfolg, und fast scheint es so, als wenn in den Chemnitzer maßgebenden Kreisen kein Verständnis dafür vorhanden wäre und die Arbeiter absichtlich übergangen würden. Viel wurde gestritten und beraten über Anstellung eines Arbeitersekretärs für Chemnitz und Umgegend. Der Plan mußte aber aus finanziellen Gründen vorläufig aufgegeben werden. Es ist uns aber möglich geworden, wenigstens eine Rechtsauskunftstelle für unsere Mitglieder zu errichten, welcher Kollege Matthes vorsteht.

Am Ende des Jahres hat sich ein neuer Ortsverein der Maschinenbauer II gebildet. Hoffen wir, daß sich derselbe dem Ortsverband anschließt und sich recht kräftig entwickelt. Zu erwähnen ist noch, daß den Arbeitsnachweis Kollege Tärpe im letzten halben Jahr unentgeltlich verwaltet hat. Was die Mitgliederbewegung betrifft, so haben wir wenigstens keinen Rückschritt zu verzeichnen, sondern noch einen kleinen Erfolg. Derselbe hätte aber noch bedeutend größer sein können, wenn die Mitglieder nicht alles dem Ausschuß allein überließen, sondern selbst tüchtig in die Agitation eingriffen, die Wandermilitägen und die Inoffiziellen aufstellten und unserer Organisation zuführten. An Stoff dazu fehlt es doch gewiß nicht. Nur dann, wenn jedes Mitglied ein tüchtiger Agitator ist, werden wir schneller vorwärts und unsere Gewerkeprinzipien mehr zur Geltung kommen.

Paul Schulze, Schriftführer.

Ortsverband Kiel.

Ein Jahr erster und anstrengender Arbeit liegt hinter uns. Hat doch das Jahr 1907 für uns hier an der Wasserkante nichts weiter gebracht als Streiks und Ausperrungen. Seine geschäftlichen Angelegenheiten erledigte der Ortsverband in 12 Ortsverbandsausschüßsitzungen und 9 Versammlungen. Am Anfang des Jahres gehörten ihm 6 Ortsvereine an, am Ende des Jahres 7 mit einer Mitgliederzahl von 84. In der ersten am 20. Januar abgehaltenen Versammlung sprach Kollege Hermann über: „Unsere Stellung zur Reichstagswahl“ in der ordentlichen Versammlung am 3. März Kollege Haefke über: „Was für Anträge stellen wir zum kommenden Verbandstag?“ Es wurden eine Reihe Anträge nach dort eingereicht. Ferner sprach Kollege Berger über: „Die Holzarbeiterausperrung in Kiel“. Die Versammlung am 1. Juni beschäftigte sich mit Agitation. Am 7. Juli sprach Kollege Mülling-Wagdeburg über: „Warum organisieren wir uns im Gewerbeverein?“ Am 16. Juli gab Kollege Heinicke-Hannover den Bericht vom Verbandstage. Am 28. August sollte der Ortsverband Stellung nehmen zur Bildung eines Kartells der auf nationalem Boden stehenden Berufsvereine. Am 16. Oktober erlatete Kollege Haefke Bericht über den Tarifabschluß zwischen dem Ortsverband einerseits und dem Arbeitgeberverband Kiel und Umgegend andererseits. Am 27. November fand noch eine öffentliche Versammlung statt, in welcher der Verbandssekretär Kollege Erelenz sprach über: „Was lehrt uns die wirtschaftlichen Kämpfe der letzten Jahre?“ Als zweiter Referent sprach der Kollege Haefke über: „Die wirtschaftlichen Kämpfe in Kiel“. Der Besuch aller Versammlungen liegt im Durchschnitt zu wünschen übrig. Man sah stets dieselben Gesichter. Kollegen, die Zeit schreit schnell, und darum müssen wir alle, die wir dem Ortsverbande an-

gehören, unsere Schuldbitter tun, wenn wir die in diesem Jahre errungene Position nicht wieder verlieren wollen. Darum im neuen Jahre mit Volldampf voraus!

Nun noch einige Worte über die Streiks und Ausperrungen. Anfang Februar setzte bei uns der Streik der Holzarbeiter ein, dem die Ausperrung auf dem Fuße folgte, und der mit einer Niederlage der Holzarbeiter endigte. Es folgten dann die berühmten Abmachungen mit den Unternehmern in Hamburg, die allerdings nicht hindern konnten, daß auf der Germaniafahrt in Kiel es zu einem Konflikt kam, der zur Ausperrung der Kieler am 1. Juli führte. Es war dies ein Beweis dafür, wie ohnmächtig die Bevollmächtigten der hiesigen Verwaltungsstelle des Metallarbeiterverbandes ihren Mitgliedern gegenüber sind. Endlich sei auch noch der Streik der Holzplazarbeiter und -Kutscher erwähnt, der durch das provozierende Vorgehen des Transportarbeiterverbandes hervorgerufen wurde. Es ist bereits ausführlich im „Gewerkeverein“ mitgeteilt worden, daß für unsere Mitglieder durch den Abschluß eines Tarifvertrages erhebliche Vorteile erzielt werden konnten. Auch von gelben Gewerkschaften sind wir hier an der Wasserfronte nicht verschont geblieben. Auf den Homaldiswerten ist der Führer derselben, eine ehemalige „Lielbewähre“ Gräbe von Kiel. Die Versuche, auch auf der Germaniafahrt eine gelbe Organisation zu gründen, sind bisher erfreulicherweise ohne Erfolg geblieben.

Zum Schluß sei allen benannten gedacht, welche an dem Wohl und der Ausbreitung unserer Organisation kräftig mitgearbeitet haben. Wandes ist erreicht worden, aber noch viel mehr muß geschehen, um die Gewerkevereine dahin zu führen, wo sie als Frontlinie der praktischen Arbeiterbewegung berufen sind. Vorwärts auf der ganzen Linie! das muß unser Wahlspruch sein.

3. Gaeffe, Ortsverbandsführer.

Ortsverband Lüdenscheid.

Die Geschäfte des Ortsverbandes wurden im verfloßenen Jahre in 4 ordentlichen und 2 außerordentlichen Ausschüssen und 8 Ortsverbandsversammlungen erledigt. Vorträge wurden 4 gehalten. Einen Ausflug unternahm der Ortsverband am 16. Juni nach der Gloriotasperre. Der Ortsverein der Schneiber trat im Frühjahr in eine Lohnbewegung ein, welche jedoch erst nach einem zehntägigen Streik beendet werden konnte und mit dem Abschluß eines Tarifs auf 2 Jahre beendet wurde. Ein Antrag auf Einführung des Verhältniswahlrechts zum Gewerbegericht wurde unsererseits dem Magistrat eingereicht, und auch in der Stadtorbitorbitorversammlung gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen. Die Wahl fand am 10. Januar d. J. statt und hatte für uns den Erfolg, daß unser Kollege Bartelt als Beisitzer gewählt wurde. Der Arbeitsnachweis wurde dem Kollegen Bartelt überwiesen und hat sich ganz gut bewährt. Die Ausschüsse waren regelmäßig gut besetzt, jedoch die Ortsverbandsversammlungen liegen in dieser Hinsicht teilweise zu wünschen übrig. Hoffen wir, daß das neue Jahr in dieser Beziehung besser wird, und daß die Geschäfte des 16. Verbandstages unserer Gesamtorganisation zum Segen gereichen.

H. B., Ortsverbandssekretär.

Ortsverband Greifswald.

Der Ortsverband zu Greifswald entfaltete im verfloßenen Jahr eine ziemlich lebhaft Tätigkeit. Seine geschäftlichen Sagen erledigte er in 4 ordentlichen und 8 außerordentlichen Ausschüssen und 4 ordentlichen und 1 außerordentlichen Verbandsversammlung. Der Verband stellte zum Verbandsstage eine Reihe Anträge. Dem Antrage des Verbandes, auf Erhöhung des ordentlichen Tagelohnes von 1,75 auf 2 M., wurde vom Regierungspräsidenten stattgegeben. Ein Antrag auf Einführung der Proportionalwahl bei der allgemeinen Kreisversammlung wurde vom Kassenvorstande einstweilen abgelehnt. Im Laufe des

Berichtsjahres löste sich der Ortsverein der Bauhandwerker infolge Rückgangs der Mitgliederzahl auf. Es ist leider bis heute noch nicht gelungen, den Verein neu zu beleben. Im Sommer wurde ein Vergnügen abgehalten. Am 1. Weihnachtstfesttag veranstaltete der Verband eine Weihnachtsschnecke für Kinder. W. Charquilla.

Gewerkevereins-Teil.

§ Nürnberg. Eine öffentliche Versammlung städtischer Arbeiter, einberufen von Ortsverein städtischer Arbeiter (S.-D.) und dem süddeutschen Gemeindefacharbeiterverband fand am 2. Februar statt. Trotz Anwendung der verwerflichsten Mittel seitens des Staats- und Gemeindefacharbeiterverbandes, welcher zu gleicher Zeit eine öffentliche Versammlung einberufen hatte, um die städtischen Arbeiter dorthin zu locken, zeigte der Besuch unserer Versammlung doch, daß die städtischen Arbeiter nicht mehr auf den sozialdemokratischen Weim gehen, denn der Saal war bis zum letzten Platz besetzt. Unser Arbeitersekretär Fog behandelte in seinem Referate den von Seite des Magistrats den Arbeitern vorgelegten Entwurf der Arbeitsordnung und kam zu der Überzeugung, daß dieser Entwurf in seiner jetzigen Fassung unannehmbar sei. Die Versammlung nahm hierauf mit allen gegen eine Stimme folgende Resolution an: „Die Versammlung der städtischen Arbeiter erachtet es als Pflicht des Magistrats in seiner Eigenschaft als Arbeitgeber, auch diese Verfügungen für die städtischen Arbeiter auszuheben: Bezahlung der gesetzlichen Wochenfeiertage; Erweiterung des Urlaubs nach fünfjähriger ununterbrochener Dienstzeit auf sieben aufeinanderfolgende Tage; Festsetzung eines Zuschusses zum Krankengeld zur Erreichung des entgehenden zulezt bezahlten Lohnes auf die Dauer von drei Monaten. Die Arbeitspläne bezw. die Betriebe sind in der Arbeitsordnung festzusetzen, wie dieses in München, Regensburg und Jülich bereits durchgeführt ist. Ferner wird der Wunsch ausgesprochen, daß in absehbarer Zeit die Erhöhung von Tagelöhnen und darauffolgend von Wochenlöhnen statfinden soll. Auch wird die Einführung von Arbeitsnachweisen innerhalb der städtischen Betriebe verlangt, die es ermöglichen, daß die in Betrieben überzähligen Arbeiter denjenigen Betrieben überwiesen werden, welche weitere Arbeiter benötigen und wird hier auf die sich nach den Jahreszeiten richtenden Betriebe der Stadtgärtnerie und des Wasswerks hingewiesen.“ Die Versammlung beauftragte ihr Bureau, diese Resolution dem Magistrat zu unterbreiten.

Johann Freudenthaler, Schriftführer.

Verbands-Teil.

Versammlungen.

Berlin. Distriktsrat der Deutschen Gewerkevereine (S.-D.). Verbandsrat der Deutschen Gewerkevereine, N.O., Greifswalderstr. 221/223. Sitzung jeden Mittwoch, abends 8 1/2 - 10 1/2 Uhr. Gäste willkommen. **Sängerchor der Deutschen Gewerkevereine (S.-D.).** Jeden Donnerstag, abends 9 - 11 Uhr, Uebungsstunde im Verbandsrat der Deutschen Gewerkevereine (Grüner Saal). Gäste herzlich willkommen. **Distriktsrat des Nordb.** Jeden Freitag, Sitzung bei Rabau, Waldstr. 58. Freitag, 21. Februar, abends 8 1/2 Uhr, Vortrag des Kollegen Joseph über: „Hochkonjunktur und Wirtschaftskrisen“. Gäste willkommen. **Deutsche Kaufleute 17.** Mittwoch, 19. Februar, abends 9 Uhr, Mitgliederversammlung i. Verbandsrat, Greifswalderstr. 221/223. T.-D.: Vortrag des Kollegen Steyer über: „Das Paradies der Angefallten“. Diskussion. Geschäftliches. **Frauen und Mädchen 1.** Freitag, 21. Februar, abends 8 Uhr, bei Revl, Blicherstraße, Ecke Fontane-Promenade. **Sonnabend, 22. Februar. Maschinenbau- u. Metallarbeiter 1.** Ab. 8 1/2 Uhr bei Reichert, Bergstr. 69. Vor-

trag des Herrn Conrad über: „Die Untiefen im Gesellschaftsleben“. Nur für erwachsene Männer und Frauen. Regulatorporto. **Maschinenbau- und Metallarbeiter III.** Ab. 8 1/2 Uhr, bei Rabau, Waldstr. 58. Vortrag des Kollegen Bauer über: „Die Aufgaben des Delegiertentages“. **Maschinenbau- und Metallarbeiter IV.** Abends 9 Uhr, bei Kabe, Fischerstr. 25. (Maschinenbau). **Maschinenbau- und Metallarbeiter V.** Ab. 8 1/2 Uhr, Kottbuserstr. 6. T.-D.: Vortrag des Kollegen Dornblith über: „Bericht von der Generalversammlung der Krankenkasse“. Stellung von Anträgen zum Delegiertentag. **Maschinenbau- und Metallarbeiter XII.** Ab. 8 Uhr, bei Schmann, Brunnenstr. 119, Jahlabend. Abrechnung d. Maschinenbauhilfses. **Maschinenbau- und Metallarbeiter XIII.** Ab. 8 1/2 Uhr, Brauerer Groterjan, Schönhauser Allee 130. Bericht vom Delegiertentag der Kranken- u. Begräbniskasse. Referent: Kollege Jähle. **Maschinenbau- und Metallarbeiter IX und XII.** Mittwoch, 26. Februar, abends 8 Uhr bei Schmann, Brunnenstr. 119. T.-D.: Wahlfragen, spez. in Preußen. Fragen über Unfallversicherung. Referent: Verbands-Sekretär Griteleny.

Orts- und Bezirksverbände.

Herne (Ortsverband). Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat, nachm. von 4 - 5 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Mühl, Schulte-Mattler, Distriktsrat. **Wachen (Distriktsrat).** Jeden Sonnabend, 9 Uhr, Sitzung bei Walbert, „Jägerhof“. **Hamburg (Ortsverband).** Jeden Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr präz., im Güttermanns Hotel, Poststraße, Distriktsrat. **Spanbau (Distriktsrat der Deutschen Gewerkevereine, S.-D.).** Jeden Dienstag, abends 8 Uhr, im Vereinslokal zur Palme, Ritterstraße, Sitzung. Gäste willkommen. **Sängerchor (Sängerchor der Deutschen Gewerkevereine).** Jeden Sonnabend, abends 9 Uhr, Probr, im Verkehrslokal Pieper (früher Ullrich), Schäfer- und Florstraßen-Ecke. Gäste herzlich willkommen. **Distriktsrat.** Die Sitzungen finden jede Woche Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Behe, Brückstraße 16, statt. Gäste willkommen. **Dresden (Distriktsrat).** Die Sitzungen finden regelmäßig jeden Dienstag abends 8 1/2 Uhr im Sanderbän, Webergasse 28, statt. Gäste willkommen. **Liegnitz (Distriktsrat).** Die Sitzungen finden jede Woche Donnerstags, abends 8 1/2 Uhr, im „Prinz von Preußen“ statt. Gäste willkommen. **Branenburg (Distriktsrat).** Sitzung jeden 1. und 3. Sonntag im Monat, vormittags von 10 - 12 Uhr bei Schmidt, Kurstraße 51. **Sagen und Umgegend (Distriktsrat).** Jeden ersten Donnerstags, abends Punkt 8 1/2 Uhr, Sitzung bei Strohmayer, Strich- und Bergstr.-Ecke. **Wachen (Ortsverband).** Jeden dritten Sonntag im Monat (11 Uhr) Vertreterprüfung in Wachen, Züllichstr. 72, Restaurant „Zur Post“. **Köln (Distriktsrat).** Sitzung jeden Donnerstags, abends 9 Uhr, im Restaurant „Bater Kolling“, Ufergasse. **Ober- scheneweide (Distriktsrat).** Sitzung alle 14 Tage Mittwochs bei Steiner, Wilhelmstr. 14. Gäste willkommen. **Cottbus (Distriktsrat).** Freitag, 21. Februar, abends 8 1/2 Uhr, Sitzung im Restaurant Kobel. **Hannover-Linden und Umgegend (Ortsverband).** Sonntag, 1. März, nachm. 8 1/2 Uhr, Ortsverbandsversammlung im Singaal der „Königsworth“, Bühlstr. 12.

Veränderungen bezw. Ergänzungen zum Adressenverzeichnis.

Cottbus (Ortsverband). Die Herberge ist nicht mehr bei Bergmann, Neuhäuterstraße, sondern bei Hoffmann, Gahldorf zu den drei Kronen, Berlinerstraße, Herbergsarten bei Kol. Alfred Habermann, Köpstr. 29. Verbandslokal: Restaurant Kobel, Berlinerstr. 120.

Anzeigen-Teil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Verband der Deutschen Gewerkevereine
(Hirsch-Dumker).
In unserem Verlage ist erschienen:
Weltanschauung
und
Arbeiterbewegung.
Ein Wort der Aufklärung an die deutschen Arbeiter
und alle wahren Volksgenossen
von
Karl Goldschmidt,
Vorstand des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.
Die Schrift fasst die im „Gewerkeverein“ erschienenen Artikel zusammen. Jeder Gewerkevereiner sollte das Büchlein jederzeit zur Hand haben. Für Mitglieder beträgt der Einzelpreis pro Stück 10 Pfg., 10 Exemplare kosten 80 Pfg., 50 Exemplare 3,50 M., 100 Exemplare 6 M., 200 Exemplare 10 M., 500 Exemplare 25,50 M., 1000 Exemplare 45 M. Der Betrag ist bei der Bestellung einzuzahlen an unseren Verbandskassierer Rudolf Klein, Berlin N.O. 55, Greifswalderstraße 221/22. Bei Nichteingendung des Betrages wird derselbe durch Nachnahme erhoben. Die Sendung erfolgt porto- bezw. frankfrei.

Ausschreibung.
Durch den Tod des Kameraden Hamacher ist dessen Stelle als Vorsitzender des Gewerkevereins und Redakteur der wöchentlich erscheinenden Fachzeitschrift „Der Bergarbeiter“ neu zu besetzen. Schriftlich und redigierbare Verbandskollegen, gleichviel welchem Gewerkeverein sie angehören, welche auf die Stelle reflektieren, wollen ihre Bewerbungen bis zum 15. März cr. an den unterzeichneten Vorstand einreichen. Solche, die mit den Bergarbeiterverhältnissen vertraut sind, werden allerdings bevorzugt.
Dem Schreiber ist ein kurzgefaßter Lebenslauf und ein Aufsatz: „Die Aufgaben eines Gewerkevereinsvorsitzenden und Redakteurs einer Bergarbeiterzeitschrift“ beizufügen.
Der Eintritt der Stelle kann sofort nach erfolgter Wahl erfolgen, eventl. nach Vereinbarung.
Oberhausen (Rhld.), 15. Februar 1908.
Mülheimerstr. 132.
Der Hauptvorstand
des Gewerkevereins der Deutschen Bergarbeiter (S.-D.).
Dem Verbandsbureau zu beziehen:
Sozialdemokratie und Arbeiterschaft
von Dr. jur. Richard Freund
Preis 30 Pf.
Ein für die Agitation nicht entbehrliches Hilfsmittel!

Jüngerer Fräulein
mit annehmbarer Handschrift für Berliner Vereinsbureau gesucht. Offerten mit Gehaltsanprüchen unter A. D. 24 an die Expedition des „Gewerkevereins“.
Cöln und Wülheim a. Rh. (Ortsverb.). Durchreisende erhalten Verpflegungskarten im Gewerkevereinsbureau, Severinstr. 113 I.
Essen (Ruhr). Herberge zum Feimat, Arbeitsnachweis u. Verpflegungskarten im Gewerkevereinsbureau, Post-Allee 16.
Baun. Durchreisende erh. im Winterhalbjahr 1 Mark und im Sommerhalbjahr vom 1. April bis 1. Oktober 75 Pf. bei E. Serbe, Wendischergaden 34.
Nadhergen (Ortsverband). Durchreisende erhalten Ortsverbandsgeheim bei Oskar Höpner, Bismarckstr. 28a, II I.
Geislingen a. St. (Ortsverb.). Durchreisende Verbandsmitglieder erhalten 50 Pfg. bei A. Sappert, Hauptstraße 48.